



Osnabrücker Friedensinitiative OFRI  
c/o Th. Müller  
Voxtruper Str. 69  
49082 Osnabrück  
post@osnabruecker-friedensinitiative.de  
www.osnabruecker-friedensinitiative.de

## **Kriegshandlungen in der Ukraine beenden**

Eingabe auf Grundlage des § 34 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) an den Rat der Stadt Osnabrück.

### **Der Rat möge beschließen:**

**Der Rat der Friedensstadt Osnabrück, Stadt des Westfälischen Friedens, appelliert an die Bundesregierung, alles dafür zu tun, dass die Kriegshandlungen in der Ukraine sofort beendet werden und der zugrunde liegende Konflikt in einer Verhandlungslösung beigelegt wird. Der Rat der Friedensstadt Osnabrück bittet die Abgeordneten dieser Stadt und der Region Osnabrück in den Parlamenten von Land, Bund und Europäischer Union, sich dafür einzusetzen, dass die deutsche und europäische Politik die derzeit bestimmende Kriegslogik durch eine Friedenslogik ersetzt.**

**Dieser eindringliche Appell erfolgt vor dem Hintergrund, dass sich im Jahr 2023 der Westfälische Friedensschluss von 1648 zum 375. Male jährt. Durch den Krieg sind zudem neue Anforderungen an die Stadt Osnabrück gestellt und mehr Aufgaben auf sie zugekommen.**

### **Begründung:**

Seit über einem Jahr wird Europa durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erschüttert. Dieser Krieg hat weltweite Auswirkungen und trifft vor allem die Ärmsten auf diesem Erdball, weil sich als eine Folge dieses Krieges die Ernährungslage in vielen Regionen dramatisch verschlechtert hat. Bis heute haben die kriegerischen Handlungen eine riesige Anzahl von Toten, Verletzten und traumatisierten Menschen in den umkämpften Gebieten verursacht. Ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen und die Lieferung immer schwererer und „effektiverer“ Waffen bedeutet eine ständige Intensivierung und Verlängerung der Kriegshandlungen.

Als Stadt des Westfälischen Friedens erinnern wir an diesen bedeutenden Universalfriedenskongress der Menschheitsgeschichte mit einer Vielzahl von Veranstaltungen. Dies soll verdeutlichen, was wir heute vom Westfälischen Frieden lernen können. Echtes Erinnern begnügt sich nicht mit Feierstunden, Kranzniederlegungen und Festtagsreden.

Echtes Erinnern, vor allem das Erinnern an die Gräueltaten der Kriege der Vergangenheit, versucht aus Wiederholungszwängen im Denken, Sprechen und Handeln auszubrechen, dabei die Vergangenheit hinter sich zu lassen und neue Perspektiven zu ermöglichen.

Der Rat der Stadt Osnabrück ist sich durchaus bewusst, dass "Friedensstadt" nicht lediglich ein Attribut für den Städtenamen oder eine Etikettierung ist, sondern vielmehr eine Verpflichtung. Wir als Friedensstadt Osnabrück übernehmen damit Verantwortung aus unserer besonderen lokalen Vergangenheit und müssen diese in der Gegenwart und für die Zukunft einlösen.

Krieg ist kein Mittel zum Frieden. Wenn er aber entstanden ist, so sind die Verantwortlichen hierfür zu benennen, es ist aber auch nach den Ursachen und nach der Entstehung zu fragen, um aus dem Verständnis der Vorgeschichte Friedenslösungen zu entwickeln.

Es gibt keine "gerechten" Kriege. Was man als Notverordnung vor Jahrhunderten glaubte entwickeln zu können, ist von Anfang an historisch nicht einlösbar gewesen. Die hehren Regeln konnten und können nicht eingehalten werden, wie wir an den Kriegen des letzten Jahrhunderts und der Jetztzeit immer wieder aufs Neue feststellen. Allein das Kriterium, der Krieg dürfe nur zwischen den Kombattanten, also den militärischen Einheiten stattfinden, während die Zivilbevölkerung unbedingt zu schonen sei, wurde in beiden Weltkriegen ad absurdum geführt. Und auch in den Kriegen der jüngeren Vergangenheit, in Tschetschenien, im Irak, in Afghanistan, im Jemen, auf dem Balkan oder anderswo, haben die Zivilisten am meisten gelitten. Dies gilt nach wie vor. Die 14.000 Toten im Donbass in der Zeit zwischen 2014 und dem Beginn des russischen Angriffskriegs, überwiegend Zivilisten, sind vielen Medien kaum eine Erwähnung wert gewesen.

Im Krieg verlieren auch die Sieger. Ein Waffenstillstand und nachfolgend Verhandlungen müssen die höchste Priorität haben, um einen Krieg zu beenden.

Die europäische Entspannungspolitik, für die Willy Brandt steht, hat die deutsche Einigung und damit die weitere Entwicklung Europas ermöglicht, die von Helmut Kohl maßgeblich vorangetrieben worden ist. Kooperation statt Konfrontation stand dabei im Vordergrund. Dahin muss europäische Politik im ureigensten Interesse wieder zurückfinden. Dies geht nicht über eine Fortsetzung des Krieges, nicht über Waffenlieferungen und unkonditionalisierte Sanktionen. Krieg bedeutet ein Versagen der Politik und zwar auf beiden Seiten.

Mit diesem Beschluss appelliert die Friedensstadt Osnabrück an Bundestag und Bundesregierung, zurückzufinden zu menschlichen und vernünftigen Formen der Konfliktlösung. Krieg gehört nicht dazu. Waffen retten nicht Menschenleben, sondern töten! Krieg führt auch abseits der Kampfhandlungen zu Verwerfungen in allen beteiligten und selbst unbeteiligten Ländern. In einer globalisierten Welt kann es nur ein Miteinander der Völker geben, keinen gegenseitigen Ruin. Notwendig sind die Entwicklung und der Aufbau von Kompetenzen im Bereich Deeskalation und gewaltfreier Konfliktregelung sowie sozialer Verteidigung. Alle finanziellen Ressourcen werden benötigt zur Bewältigung der immensen anstehenden globalen Aufgaben der Klimaveränderung, der weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten sowie der Migration und der materiellen und psychosozialen Schäden aus aktuellen und vergangenen Kriegen - anstatt immer mehr in Militär und Krieg investiert zu werden.

Die hohe Zahl der ukrainischen Flüchtlinge führt auch in Osnabrück zu einem höheren und verändertem Bedarf in Kitas, Schulen und zu einem gestiegenen Bedarf an sozialer und psychologischer Betreuung. Die Lage auf dem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt verschärft sich. Auch das zur Bewältigung der Lage notwendige Personal steht nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Während die kommunalen Ausgaben steigen, steigen nicht die Zuwendungen von Bund und Land in dem Umfang, der für die Finanzierung der Leistungen notwendig ist.

Neben der menschlichen Anteilnahme für die Opfer des Krieges hat die Stadt somit auch ein eigenes, stadtbezogenes Interesse, dass dieser, aber auch andere Kriege, schnellstmöglich beendet werden.

Der Rat der Friedensstadt Osnabrück macht mit diesem Beschluss deutlich, dass die aktuellen Kriegsparteien, ihre Unterstützer und alle Staaten der Welt zu einer Politik der nicht-militärischen Konfliktlösungen zurückfinden müssen. Im 375. Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens sieht sich die Friedensstadt Osnabrück zu diesem Beschluss in der Pflicht.

Für die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI)



Th. Müller